



Geschlossene Geschäfte überall. Auf welchen Grundlagen basieren die Massnahmen?

CHRISTOPH RUCKSTUHL / NZZ

Der Lockdown zielt an der Realität vorbei

Infektionskurven scheinen fast regelmässig chaotischen Mustern zu folgen. Es fehlt an überprüfbareren Hypothesen, die das Auf und Ab des Pandemiegeschehens erklären.

**Gastkommentar von Thomas Voshaar,
Dieter Köhler und Gerhard Scheuch**

Noch nie hatten wir so viele wissenschaftliche und statistische Daten über eine Pandemie, auch aus verschiedenen Ländern mit vergleichbarer Infrastruktur. Bei näherer Betrachtung zeigt sich dabei viel Ungereimtes. So zeigen Daten zur Infektionsausbreitung, dass die Infektionszahlen häufig schon vor dem Beginn einer Intervention zurückgehen – und nach Beendigung eines Lockdowns oft auch nicht gleich wieder ansteigen.

Besonders auffällig sind die Ungereimtheiten, wenn Daten mit ungefähr gleichen Bevölkerungszahlen und geografischer und sozioökonomischer Struktur verglichen werden. Wir sind der Ansicht, dass konklusive Aussagen aus rein epidemiologischen Daten oft Verwirrung stiften, weil deren Beobachtungen kausale Zusammenhänge stimulieren, die mit dieser Methodik nie bewiesen werden können. Bis jetzt fehlt es an überprüfbareren Hypothesen, die das Auf und Ab des Pandemiegeschehens erklären. Wir möchten daher eine solche Hypothese formulieren.

Die Infektionskurven folgen fast regelmässig chaotischen Mustern, insbesondere wenn man die Häufigkeit der Infektionen zum Beispiel in Deutschland auf die Bundesländer oder einzelne Regionen herunterbricht. Regionen im Osten Deutschlands schienen von der ersten Infektionswelle kaum betroffen zu sein, dafür umso mehr von der zweiten Welle. Die Verläufe erinnern stark an chaotische Systeme, bei denen zwar gleiche Anfangsbedingungen zu gleichen Ergebnissen führen, diese allerdings schwer vorhersehbar sind, weil bereits kleinste Änderungen der Anfangs- oder Randbedingungen grosse Veränderungen im Ergebnis nach sich ziehen können.

Allerdings hilft zur Erklärung die Ähnlichkeit der Infektionsausbreitung mit chaotischen Mustern erst wenig weiter. Es braucht zusätzlich eine Gegenregulation im Infektionsgeschehen. Tatsächlich wissen wir, dass in Gruppen Rückkopplungen und Verhaltensänderungen entstehen, wenn diese Gefahren von aussen ausgesetzt werden. Je enger der Kontakt, umso stärker die Gegenregulation, um das Cluster zu stabilisieren. Solche selbstregulierenden Systeme werden in der Biologie unter anderem auch als Schwarm bezeichnet.

Unsere Hypothese zur Erklärung der beobachteten Infektionsverläufe lautet deshalb, dass eine Infektion insbesondere in kleinen lokalen Clustern sofort zu Verhaltensänderungen der anderen Mitglieder führt. Dabei kann es sich um Familien, religiöse Gemeinschaften, Arbeitsplätze, Pflegeheime und Krankenhäuser, aber auch Nachbarschaften und Dörfer handeln. Die Gruppe reagiert mit verschärften Kontaktbeschränkungen und Hygienemassnahmen, die – obwohl bekannt – vorher kaum beachtet wurden. Dadurch geht das Infektionsgeschehen im Cluster zurück.

Zu dieser Hypothese passt die Beobachtung, dass die Infektionsverläufe in Europa trotz sehr ähnlichen Lockdown-Massnahmen recht heterogen sind. Umgekehrt zeigen ungleiche Lockdown-Massnahmen trotzdem gleiche oder ähnliche Infektionsverläufe.

Weitreichende Lockdown-Massnahmen zielen unserer Ansicht nach deshalb zumeist an der Rea-

Solche selbstregulierenden Systeme werden in der Biologie unter anderem auch als Schwarm bezeichnet.

lität vorbei, kommen zu spät oder verfehlen die erhoffte Wirkung. So waren beispielsweise im vergangenen Frühjahr in Spanien extrem harte Lockdowns verhängt worden, inklusive einer streng kontrollierten Ausgangssperre; die Infektionszahlen sanken aber erst Wochen später mit dem wärmeren Wetter.

Was können wir daraus lernen?

Erstens: Man braucht unserer Meinung nach keine flächendeckende Lockdown-Politik. Die Massnahmen sollten viel mehr lokal angepasst, organisiert und umgesetzt werden. Zweitens: Die Bevölkerung braucht einige wenige klare und plausible Handlungsanweisungen, die sie vor Ort selbst umsetzen kann, wenn die Infektionszahlen steigen. Drittens: Auf einen Landkreis bezogene Ampelsysteme können die Gegenreaktionen im Cluster unterstützen.

Zum Schluss noch unser wichtigster Punkt: Wir plädieren für eine offene und klare Kommunikation. Statt zu drohen, sollten wir Perspektiven für eine effektive Pandemiebekämpfung aufzeigen – und auf das Schüren irrationaler Ängste verzichten. Plausible Handlungsanweisungen appellieren automatisch an den gesunden Menschenverstand und damit an das Verantwortungsbewusstsein.

Nach einem Jahr ist es endlich an der Zeit, sich ohne ideologische Scheuklappen den Erfolgen und den Misserfolgen unserer Pandemiebekämpfung zu stellen. Die Wissenschaft kann dazu mit der Formulierung und der Überprüfung von Hypothesen ihren Beitrag leisten.

Thomas Voshaar ist Pneumologe und Chefarzt der Medizinischen Klinik III am Lungen- und Thoraxzentrum Nordrhein, Krankenhaus Bethanien, in Moers; Dieter Köhler ist Pneumologe und Diplomingenieur und war langjähriger Chefarzt am Fachkrankenhaus Kloster Grafschaft in Schmallenberg; Gerhard Scheuch ist Physiker und Geschäftsführer der GS Bio-Inhalation GmbH und arbeitete 18 Jahre im Helmholtz-Zentrum München und in der amerikanischen EPA an der Erforschung von Auswirkungen von inhalierten Aerosolen auf die Lunge.

Innerhalb des Euro-Raums haben die ursprünglichen Ungleichgewichte zwischen reichen und weniger reichen Volkswirtschaften dazu geführt, dass wirtschaftlich starke Länder wie Deutschland jahrelang Handels- und Zahlungsüberschüsse erwirtschaften konnten. Sie wurden nie so korrigiert, wie es in einer echten wirtschaftlichen, politischen und monetären Union möglich und nötig gewesen wäre, etwa nach der deutschen Wiedervereinigung. Sie haben verhindert, dass weniger gut aufgestellte Länder wie Griechenland prosperieren konnten.

Die Defizite des öffentlichen Sektors und die Staatsverschuldung in den südlichen EU-Ländern sind nicht in erster Linie auf Undiszipliniertheit oder kulturelle Unterschiede zurückzuführen, sondern auf diese Asymmetrie. Erschwerend kommt hinzu, dass die interne Logik der Euro-Zone jedes Land daran gehindert hat, eine eigene Geld- und Fiskalpolitik zu betreiben. Dieselben Länder werden nun für jene schwere Last der öffentlichen Verschuldung stigmatisiert, die sie daran hindert, angemessen auf die Covid-19-Krise zu reagieren und genügend Mittel für den sozialen und ökologischen Umbau zu haben.

Mit unserem Vorschlag einer Streichung der von der Europäischen Zentralbank (EZB) gehaltenen Staatsschulden kann diese strukturelle Ungerechtigkeit innerhalb der Euro-Zone teilweise behoben werden. Als Schweizer Mitunterzeichner des Aufrufs müssen wir die Anschuldigung der NZZ anfechten, wir seien wirtschaftliche Brandstifter. Wir glauben vielmehr, dass wir einen besänftigenden und zukunftsweisenden Vorschlag machen.

Europa befindet sich in einer äusserst kritischen Situation. Wir haben eine ökologische, eine ökonomische und eine gesundheitliche Krise zugleich. Das erfordert massive und rasche Veränderungen. Wir müssen unsere Mentalität ändern – ganz anders konsumieren, Bildung fördern, anders arbeiten und produzieren und unsere Mobilität anpassen. Aber wir müssen auch unsere Infrastruktur

EZB-Schuldenerlass – wir sind keine Brandstifter

Ist die Forderung nach einer Streichung der von der EZB gehaltenen Staatsschulden ein «linkes Hirngespinnst», wie die NZZ geschrieben hat?

Fünf Mitunterzeichner des Aufrufs setzen sich zur Wehr.

**Gastkommentar von C. Arnspurger, S. Morvant-Roux,
S. Rossi, P. de Saint Phalle und J.-M. Servet**

erneuern – Energieerzeugung, Wohnungsbestand, Gleichgewicht zwischen Stadt und Land usw. – und die Lebensqualität verbessern. Nachdem wir die gesundheitlichen und wirtschaftlichen Opfer von Covid-19 gelindert haben, müssen wir breit gefächert in einen «Green New Deal» investieren, nach dem Vorbild der neuen amerikanischen Regierung. – Es besteht eine wachsende Kluft zwischen dem offiziellen Mandat der EZB – und im weiteren Sinne aller europäischen Zentralbanken, einschliesslich der Schweizerischen Nationalbank (SNB) – und den Bedürfnissen der öffentlichen Finanzierung. Preisniveaustabilität ist zwar Teil des EZB-Man-

dats, bedeutet aber nicht automatisch, dass eine vorsichtige, angemessene monetäre Refinanzierung der Staatsverschuldung ausgeschlossen ist. Staatliche Eingriffe sind nicht automatisch inflationär. Der Staat ist auch keine parasitäre Institution, die sich auf dem Rücken der Haushalte und Unternehmen «verzuckert». Der Staat ist ein vollwertiger, absolut entscheidender wirtschaftlicher Akteur. Er produziert Wohlstand und gewährleistet gleichzeitig die politische, soziale und ökologische Stabilität einer Nation.

Zwar sieht Artikel 123 des Vertrags von Lissabon unter anderem vor, dass es der EZB unter-

sagt ist, öffentliche Schuldtitel direkt zu erwerben. Das Gleiche gilt für die SNB. Aber sollten wir die inzwischen weitverbreitete Praxis des Quantitative Easing (QE) vergessen, durch die öffentliche Schuldtitel von Banken gekauft und Sekunden darauf an die EZB zurückverkauft werden? Natürlich finanziert die EZB die Staaten nicht direkt, sondern indirekt, und was 2007 ideologisch unmöglich schien, wurde erst nach heftigen Diskussionen möglich. Damit ist die EZB weit hinter die Zentralbanken der Vereinigten Staaten, Japans und Grossbritanniens zurückgefallen.

Das QE verstösst formell nicht gegen besagten Artikel 123. Warum soll dann aber die Annullierung der von der EZB gehaltenen öffentlichen Schuldtitel, welche bereits Gegenstand einer Doppelfinanzierung waren (zuerst durch die Märkte und dann durch die EZB), gegen Artikel 123 verstossen? Das ist eine erstaunliche Asymmetrie. Ausserdem hat eine Kündigung nichts mit einer neuen Finanzierung zu tun. Andernfalls würden wir von den Staaten, die von dieser Annullierung profitieren, nicht verlangen, dass sie die gleichen Summen wieder investieren, indem sie einen «Pakt» (Annullierung gegen Investition) mit der EZB schliessen. Sämtliche Finanzinstitute der Welt dürfen auf Forderungen verzichten – allein der EZB sollte es untersagt sein? Warum?

Die Bedenken, die unser Vorschlag in der Schweiz hervorruft, rühren wohl nicht zuletzt auch daher, dass wir Fragen zum Mandat und zur Funktionsweise auch der SNB aufwerfen. Man will nicht über die Forderung nach weitreichenden Reformen der SNB und ihrer Rolle im Land sprechen.

Christian Arnspurger (Universität Lausanne), Solène Morvant-Roux (Universität Genf), Sergio Rossi (Universität Freiburg i. Ü.), Pierre de Saint Phalle (Universität Lausanne) und Jean-Michel Servet (Graduate Institute of International and Development Studies, Genf) sind Schweizer Ökonomen.

Corona-Politik des Bundesrats

Endlich haben wir eine Perspektive

FABIAN SCHÄFER

Wenn es stimmen würde, dass der Bundesrat unter Anführung von Alain Berset eine Diktatur errichtet hat, wie dies SVP-Wortführer ohne Anflug von Ironie sagen, dann wäre dies die vermutlich lächerlichste Diktatur der Welt. Erst Mitte Januar haben die angeblichen Alleinherrscher das Corona-Regime massiv verschärft. Und nun werden sie schon wieder weich, treten sie bereits den Rückzug an, kampfflos notabene.

Am Mittwoch hat der Bundesrat beschlossen, auf den 1. März grössere Lockerungen ins Auge zu fassen. Dass die Museen sowie die Aussenbereiche von Zoos oder botanischen Gärten wieder öffnen dürfen, war zu erwarten. Nun haben Berset und seine Mitregierenden aber entschieden, weiter zu gehen und den gesamten Detailhandel freizugeben. Der Schritt ist wirtschaftlich und psychologisch wichtig.

Ebenso erfreulich ist, dass der Bundesrat dem Land endlich eine Perspektive gibt. Er zeigt nicht nur auf, in welcher Reihenfolge er die diversen Einschränkungen zu lockern gedenkt, sondern auch, an welchen Kriterien er sich orientiert. Monatelang hatte sich Berset dagegen gestraubt, auch nur halbwegs verbindliche Ansagen zu machen. Die neue Transparenz dürfte das Vertrauen

in die Corona-Politik stärken, obwohl naturgemäss viele Unsicherheiten bleiben.

Dass der Bundesrat als Erstes die Schliessung der Läden rückgängig macht, ist einsichtig. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis dieses Eingriffs war von Beginn weg höchst fragwürdig. Dies zeigt sich besonders deutlich beim Vergleich mit der Gastronomie, die geschlossen bleibt. Es leuchtet ein, dass das Ansteckungsrisiko in Läden geringer ist als in Restaurants oder Bars. Zudem sind die wirtschaftlichen Schäden deutlich grösser.

Für die Gastronomen sind die Aussichten trist. Erst ab April sollen sie wieder Gäste empfangen können, und auch dann nur im Freien. Die volle Öffnung sieht der Bundesrat selbst bei einer positiven Entwicklung erst im Mai vor. Dies dürfte kaum der Weisheit letzter Schluss sein. Solange die Fallzahlen unter Kontrolle sind, sollte der Bund der Branche schon im März Freiräume bieten, damit sie im kleinen Rahmen innovative, sichere Open-Air-Angebote entwickeln kann.

Mehr liegt zurzeit kaum drin. Dass der Bundesrat die vollständige Öffnung der Gastronomie hinauszögert, ist nachvollziehbar. Zu unsicher ist die Lage. Schon die geplanten Lockerungen können dazu beitragen, dass sich die mutierten Virusvarianten in den nächsten Wochen schneller ausbreiten. Dank den tieferen Fallzahlen und der

Entlastung der Spitäler scheint dieses Risiko kalkulierbar zu sein. Trotzdem kann die Sache schiefgehen, das sollte man nie vergessen. Der Herbst hat gezeigt, wie rasch ein sprunghafter Anstieg der Fälle die Gesundheitsversorgung bedrohen kann – und wie schmerzhaft es ist, die Lage wieder unter Kontrolle zu bringen. Von den Todesfällen ganz zu schweigen.

Man könnte den kommenden Wochen gelassener entgegensehen, wenn das Pandemiemanagement überzeugender wäre. Nur zwei Beispiele: In der Schweiz wird immer noch relativ wenig getestet. Es wäre wohl eine Investition mit unschlagbarem Kosten-Nutzen-Verhältnis, wenn der Bund sämtliche Tests bezahlen würde, auch solche, die symptomfreie Personen vornehmen lassen. Hinzu kommt die Frage, ob das Contact-Tracing der Kantone bei einem erneuten Anstieg der Fälle wieder so rasch zusammenbricht wie im Herbst. Vermutlich wäre manche Million, die Bund und Kantone nun an geschlossene Betriebe auszahlen müssen, besser investiert gewesen, wenn sie in die Anstellung weiterer Tracer geflossen wäre.

Das Wichtigste aber, das die Beschlüsse vom Mittwoch zeigen, ist etwas anderes: Bundesbern ist ein Teil der Schweiz. Wenn die Bundesräte Diktatoren sind, dann ist die SVP eine links-extreme Partei.



ZUGESPITZT

Inquisition in San Francisco

PETER WINKLER, WASHINGTON

Was haben George Washington, Robert Louis Stevenson, Abraham Lincoln und Dianne Feinstein gemeinsam? Sie sind, in den Augen der Schulbehörde von San Francisco, nicht als Vorbilder für Heranwachsende geeignet. Deshalb sollen Schulen, die ihren Namen tragen, umgetauft werden. So entschied die Behörde mit 6 zu 1 Stimmen.

Die Schulen sind in vielen Teilen der USA geschlossen, und die Behörden tun sich schwer mit dem Entscheid, wann und in welchem Umfang sie geöffnet werden sollen. Also suchen sie Aktionsfelder, auf denen sie Tatkraft demonstrieren können. Die Schulbehörde von San Francisco wurde fündig. In der Schule, so lautet ihr Credo, wird nicht nur gelehrt. Es soll auch «uplift» stattfinden, die soziale oder intellektuelle Befindlichkeit verbessert werden. Dabei stehen Namen zweifelhafter Figuren aus der Geschichte im Weg.

Die Namensänderung war keine Nacht-und-Nebel-Aktion, sondern wurde monatlang vorbereitet. Ein beratendes Gremium erarbeitete folgende Kriterien für die Definition der Bösen: Sie waren «beteiligt an der Unterjochung und Versklavung von menschlichen Wesen oder an der Unterdrückung von Frauen, hielten gesellschaftlichen Fortschritt auf, leisteten einem Genozid Vorschub oder waren sonst in signifikanter Weise dafür verantwortlich, die Chancen unserer Mitmenschen in Bezug auf das Recht auf Leben, die Freiheit und das Streben nach Glücklichkeit zu mindern». Historiker zog man nicht zu Rate.

Sprachlos macht nicht nur der breite Pinsel, der Genozid und Versklavung gleich behandelt wie kaum definierte andere «Untaten». Neugierig macht auch die Frage, warum Senatorin Dianne Feinstein, ein Urgestein der kalifornischen Demokraten, in den Kreis der dubiosen Figuren geriet, die nicht zum Vorbild taugen. Bereit für die Antwort? In den achtziger Jahren, als Feinstein Bürgermeisterin von San Francisco war, ersetzte «ihre» Parkbehörde eine Konföderiertenflagge, die als Teil einer Ausstellung von Vandalen zerstört worden war. Das genügte.

Dagegen genügte es für einen weisen Mann nicht, schwul zu sein, um in den Elternbeirat der Schulbehörde aufgenommen zu werden. Dieser setzt sich derzeit aus drei Latinas, drei weissen Frauen, zwei schwarzen Frauen, einer Asien-Amerikanerin und einer Pazifik-Insulanerin zusammen. Mit einem weisen Mann, so die Begründung, wäre die Diversität des Beirats dahin gewesen.

Eigenheimpreise steigen auch im Corona-Jahr

Der Höhenflug ist bedenklich

MICHAEL SCHÄFER

Die Schweiz hat seit kurzem den ersten von einer offiziellen Stelle berechneten Immobilienindex. Wer daran die Hoffnung knüpft, dass dieser auf erschwinglicher werdende Eigenheime hindeutet, wird enttäuscht. Zwar weicht der vom Bundesamt für Statistik berechnete Schweizerische Wohnimmobilienindex (Impi) vor allem wegen seines grösseren Datenpools von mit ihm verwandten Barometern ab. Aber auch er weist in dieselbe Richtung – nach oben, und das sogar ziemlich steil.

Um durchschnittlich 5,6 Prozent hat sich Wohneigentum hierzulande in den sieben Quartalen verteuert, die der Impi abbildet. Für ein Land, das kaum eine Inflation kennt, ist das bemerkenswert. Dies umso mehr, als der Hauptteil des Preisanstiegs von 3,1 Prozent im vergangenen Jahr nicht auf Käufe zurückzuführen ist, die vor Corona durchgeführt oder zumindest vertraglich fixiert wurden. Im Gegenteil, das grösste Plus fand mit 2,4 Prozent just im letzten Quartal statt.

Für diese auf den ersten Blick paradoxe Beobachtung gibt es keine simple Erklärung. Aber mehrere Puzzlestücke fügen sich zu einem stimmigen Bild zusammen. So kam es jüngst zu den höchsten Preissteigerungen in ländlichen Gebie-

ten, wo Eigenheime noch eher erschwinglich sind. Und längere Arbeitswege, die man früher vermeiden hat, fallen angesichts des vermehrten Home-Office weniger stark ins Gewicht.

Hier kommen auch Haushalte noch eher zum Zug, die andernorts wegen der strengen Anforderungen bei der Kreditvergabe die Segel streichen müssen. Corona hat zwar viel verändert – aber dass man im Eigenheim dank den extrem niedrigen Hypothekenzinsen deutlich günstiger wohnt als zur Miete, gilt nach wie vor. Die niedrigen Finanzierungskosten locken zudem viele Private an, die Wohnungen nicht für die eigene Nutzung erwerben, sondern um sie zu vermieten.

All das führt dazu, dass die Nachfrage nach Wohneigentum sehr robust ist. Diese trifft nun aber auf ein relativ dürftiges Angebot. Seit geraumer Zeit ist der Anteil an Neubauten für den Verkauf geschrumpft zugunsten von Mietobjekten.

Auch in den heute schon schwindelerregend teuren Gemeinden bricht die Nachfrage nicht ein. Selbst dort werden zahlungskräftige Hauskäufer nicht immer schnell fündig. Wenn junge Familien per Zeitungsinserat ein Eigenheim an der Goldküste für bis zu 4 Millionen Franken suchen oder in der Stadt Zürich für bis zu 3,5 Millionen Franken, spricht das Bände. Und es erklärt, warum

auch an Lagen mit gehobenem Preisniveau keine Trendwende festzustellen ist.

Die beschriebenen Entwicklungen führen dazu, dass sich die Eigenheimpreise immer weiter von fundamentalen Grössen wie den Haushaltseinkommen, den Mieten oder der allgemeinen Teuerungsrate entkoppeln. Damit werden die Eigenheimpreise grundsätzlich auch labiler für einen Rückschlag. Es mag zwar vertrauenerweckend klingen, wenn ein landesweiter und erst noch offizieller Immobilienindex spürbar steigt. Das bedeutet aber mitnichten, dass alle Eigenheimbesitzer morgen ihre Immobilie zu den daraus ableitbaren Preisen vergolden können. Da die Indexwerte auf einigen tausend Handänderungen basieren, braucht es nur einen kleinen Stimmungsumschwung für eine Richtungsänderung.

Trotz den angelauten Hoffnungen und der damit verbundenen Hoffnung auf ein nahendes Ende des Tunnels ist noch lange nicht ausgemacht, welche Konsequenzen die Corona-Krise beispielsweise für die Arbeitslosenquote haben wird. Eine negative Entwicklung dort kann relativ schnell zu einer Korrektur am Eigenheimmarkt führen. Wer dann als Letzter zu den höchsten Preisen gekauft hat, hat hoffentlich nicht zu knapp kalkuliert.

Unwürdige Rennen an den Ski-Weltmeisterschaften

Spiegelbild einer Führungskrise

PHILIPP BÄRTSCH

Mit exquisitem Sport hatten die Ski-Weltmeisterschaften in Cortina d'Ampezzo in den letzten drei Tagen nichts zu tun. Die Kombinationen, die Parallelrennen und der Teamwettkampf verdeutlichen, woran diese Disziplinen kranken und wie sehr sich der Weltverband FIS bei den Reformversuchen verheddert.

Problemfall Kombination: Abfahrerinnen und Abfahrer, die auch im Slalom richtig gut sind, gibt es keine. Und so dominieren in der Kombination die paar Slalom-Spitzenleute, die auch ein Flair für die Speed-Disziplinen Abfahrt und Super-G haben. Hinter ihnen fällt das Leistungsniveau rapide ab. Die Rennen bieten kaum Spannung. In Cortina büsste die Zehnte fünf Sekunden auf die Siegerin ein. Die Leistungsdichte ist schlicht zu gering für attraktive Entscheidungen, was sich am Montag zum wiederholten Mal in schmerzlicher Klarheit zeigte.

Problemfall Parallelrennen: Wäre die FIS ein Sportverband auf der Höhe der Zeit, hätte sie dieses Format auf kleineren Bühnen sorgfältig entwickelt – bis zur Marktreife. Stattdessen wird im Weltcup und an Weltmeisterschaften eine unfertige Bastelarbeit präsentiert. Das Hauptproblem

in Cortina: Der blaue Kurs war viel langsamer als der rote, die Zeitdifferenz zwischen den Kontrahenten nach dem ersten Lauf wird aber grundsätzlich bei einer halben Sekunde gedeckelt. Diese Regel machte die WM-Rennen unfair. Nur noch peinlich war dann, dass es nach dem Final der Frauen etwa eine halbe Stunde dauerte, bis neben Marta Bassino auch die zeitgleiche Katharina Liensberger zur Weltmeisterin erklärt wurde.

Problemfall Teamwettkampf: Warum hat der Davis-Cup so sehr an Bedeutung verloren? Weil zu viele der besten Tennisspieler nicht mehr mitmachen. Die Bedeutung des Teamwettkampfs ist seit der WM-Premiere 2005 konstant – allerdings auf Tiefstniveau. Wendy Holdener, die Leaderin der diesmal viertklassierten Schweizer Equipe, gehört zu den wenigen Grössen, denen der Teamwettkampf wichtig ist. Um dabei zu sein, mutet sie sich ein Programm mit vier WM-Rennen in fünf Tagen zu. Andere schonen sich lieber, was man ihnen nicht verübeln kann. Das WM-Programm mit dreizehn Entscheidungen innert zwei Wochen ist überladen, der Weltcup-Kalender ebenso.

Die Diskussionen um die umstrittenen Formate drehen sich im Kreis. Sie werfen ein schlechtes Licht auf den Skirensport, vor allem auf den Weltverband FIS. Dessen Renndirektoren Mar-

kus Waldner und Peter Gerdol wirkten jüngst ratlos und hilflos. Doch sie sind auch Leidtragende der Agonie an der Verbandsspitze.

Der FIS-Präsident Gian Franco Kasper ist längst eine «lame duck», doch die Pandemie verzögert seinen Abgang. Am 4. Juni wird endlich sein Nachfolger gewählt, der Swiss-Ski-Präsident Urs Lehmann gilt als aussichtsreichster Kandidat. Die langjährige FIS-Generalsekretärin Sarah Lewis wurde im vergangenen Oktober vom Hof gejagt, schon lange zuvor war gemunkelt worden, Lewis mache statt ihren Job primär Wahlkampf in eigener Sache im Rennen um die Kasper-Nachfolge. Kasper wiederum setzte mit Philippe Gueisbühler noch rasch einen neuen Direktor ein, statt dies dem neuen Vorstand zu überlassen.

Die FIS wird von einem Führungsvakuum gelähmt. Alle warten auf den neuen starken Mann, der die Probleme anpackt und auch den Irrungen und Wirrungen rund um die Problemdisziplinen ein Ende setzen möge. Es braucht endlich klare Bekenntnisse. Die FIS soll die einzelnen Formate entweder fallenlassen oder stärken, also auch im Weltcup fester verankern. Kommerziell mögen dreizehn WM-Rennen lukrativer sein als bloss acht oder zehn. Aus sportlicher Sicht wäre weniger aber ganz bestimmt mehr.